



Doctors for Choice Germany e.V.
Sigmaringer Str. 1, 10713 Berlin
E-Mail: info@doctorsforchoice.de
www.doctorsforchoice.de

Cornelia Möhring, DIE LINKE
Abgeordnetenbüro
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Anfrage: Ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch

Sehr geehrte Cornelia Möhring,

Doctors for Choice Germany e.V. ist ein 2019 gegründetes deutschlandweites Netzwerk von Ärzt*innen und Menschen aus anderen Gesundheitsberufen, die sich für die Verbesserung der Versorgungssituation von ungewollt Schwangeren einsetzen. Wir sind Expert*innen im Bereich des Schwangerschaftsabbruchs und viele unsere Mitglieder nehmen unmittelbar an der Versorgung teil.

Wir schreiben Ihnen heute in Ihrer Funktion als frauenpolitische Sprecherin der DIE LINKE. Wir möchten Ihnen – angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl – gerne folgende Fragen zum Schwangerschaftsabbruch stellen. Wir stellen diese Fragen jeweils drei Politiker*innen der Parteien CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke sowie AFD.

Wir werden Ihre Antwort auf unserer Webseite und über unsere Kanäle am Montag, den 21.06.2021 veröffentlichen, damit sich die Bürger*innen ein Bild über Ihre Position und die Position Ihrer Partei machen können. Wir bitten Sie also bis dahin, unsere Fragen zu beantworten. Ansonsten wir bei der Veröffentlichung den Vermerk „keine Antwort erhalten“ unter Ihre Person setzen.

1. Sollte eine Person Ihrer Meinung nach ohne Einmischung des Staates selbst entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder beendet?

- Ja
 Nein

2. Sind Sie für die Streichung des Paragraph 218 StGB?

- Ja
 Nein

3. Sind Sie für die Streichung des Paragraph 219a StGB?

- Ja
 Nein

4. Sind Sie dafür, dass Schwangerschaftsabbrüche durch die Krankenkassen übernommen werden?

- Ja
 Nein

5. Sind Sie dafür, dass Verhütungsmittel durch die Krankenkassen übernommen werden?

- Ja
 Nein

6. Es gibt immer weniger Stellen (Praxen und Kliniken), die noch Schwangerschaftsabbrüche durchführen – welche Schritte plant Ihre Partei, um die Versorgungslage in Deutschland zukünftig sicherzustellen?

Kommentar:

Zentral für eine bessere Versorgung ist die Entkriminalisierung und Entstigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge müssen ein Bestandteil der regulären Gesundheitsversorgung und entsprechend geregelt werden. Deshalb haben wir in der 19. Legislaturperiode den Antrag „Für das Leben - Das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung sichern, reproduktive Gerechtigkeit ermöglichen“ (Drucksachennummer 19/26980) eingebracht, mit dem wir u.a. ein Gesetz zur Sicherung reproduktiver Rechte fordern. Dieses soll Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch streichen und das Schwangerschaftskonfliktgesetz ersetzen. Stattdessen soll ein Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft werden. Die Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge wollen wir durch die gesetzlichen Krankenkassen im SGB V regeln. Die Länder sowie die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen wiederum entsprechend ihres gesetzlichen Auftrags eine flächendeckende stationäre und ambulante Versorgung der neuen GKV-Leistung sicherstellen. Wo erforderlich müssen bestehende Strukturen als Leistungserbringer anerkannt werden. Außerdem müssen Schwangerschaftsabbrüche und deren Nachsorge entsprechend des wissenschaftlichen Stands in Studium, Ausbildung und Weiterbildung des medizinischen und pflegerischen Personals verankert werden.

Darüber hinaus wollen wir aus der Beratungspflicht ein Beratungsrecht machen: Ein Recht auf umfassende und auf Wunsch anonyme Beratung zu Fragen der Sexualität, Verhütung und Familienplanung sowie zu allen eine Schwangerschaft oder den Wunsch zur Beendigung einer Schwangerschaft unmittelbar oder mittelbar berührende Fragen als Teil der Gesundheitsversorgung im SGB V.

Außerdem wollen wir, dass Notfallkontrazeptiva sowie sämtliche Verhütungsmethoden von der Krankenkasse übernommen werden.



Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Herzliche Grüße

Ihre Doctors for Choice Germany e.V.